Immer schön wachsam bleiben: Die US-"Geschenke" an Russland

22 Feb. 2025 21:02 Uhr

Schon vor den Gesprächen mit der Moskauer Delegation in Riad hatte die neue Regierung in Washington Russland mehrere Geschenke gemacht. Es ist jedoch verfrüht, sich über diese "Danaergeschenke" zu freuen – die US-Behörden spielen ein kompliziertes Spiel.

Quelle: Gettyimages.ru © Beata Zawrzel/NurPhoto
Symbolbild

Von Geworg Mirsajan

Die neue US-Regierung enttäuscht die Befürworter des Informationskriegs gegen Russland auch weiterhin. Das Weiße Haus hat beschlossen, die Mittel für sechs Projekte einzufrieren, die formal mit der Untersuchung, tatsächlich aber mit der Durchführung von Kriegsverbrechen in der Ukraine zusammenhängen. Zwei Projekte wurden von der United States Agency for International Development (USAID) finanziert, drei vom Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs, und eines wurde direkt vom US-Außenministerium finanziert.

Insgesamt stellte die Regierung des früheren US-Präsidenten Joe Biden rund 89 Millionen US-Dollar für alle sechs Projekte bereit, die von mehreren Dutzend "Experten" genutzt wurden, die dem Kiewer Regime ihr "Fachwissen" zur Verfügung stellten. Laut der Nachrichtenagentur *Reuters* hat die Ukraine seit Februar 2022 mehr als 140.000 Fälle von Kriegsverbrechen zu den Akten gelegt, auch auf ihre Anregung hin.

Jetzt sind diese "Experten" ebenso arbeitslos wie die Mitarbeiter der ukrainischen Strukturen, die an den Fälschungen beteiligt sind – ein großer Teil von ihnen hat sich auch von US-amerikanischen Zuschüssen ernährt. So hat beispielsweise die ukrainische Helsinki-Menschenrechtsunion 75 Prozent ihres Budgets verloren.

Natalja Burlinowa, Dozentin an der Finanzuniversität bei der Regierung der Russischen Föderation und Leiterin des Zentrums "Kreative Diplomatie", erklärte gegenüber der Zeitung *Wsgljad*:

> *"Das Hauptziel des [US-]amerikanischen Sponsorings war ausschließlich antirussisch und die Diskreditierung Russlands."*

Diese Aufgabe ist noch nicht erledigt – die USA und der Westen insgesamt setzen den Informationskrieg und die Dämonisierung Russlands fort. Die Geschichte mit USAID und anderen ähnlichen Programmen hat jedoch eine Reihe von Nuancen aufgezeigt.

Erstens muss der Informationskrieg mit kontrollierten Mitteln und mit loyalen ausführenden Mitarbeitern geführt werden, die ihrem Geldgeber nicht die Hand abbeißen. Und solche Garantien gibt es bei den derzeitigen Mitarbeitern der Abschlussfonds nicht.

Nikita Mendkowitsch, Leiter des Eurasischen Analytischen Clubs, erklärte gegenüber der Zeitung *Wsgljad*:

> *"Donald Trump liquidiert eine Reihe von Abteilungen, die unter Biden zur Bekämpfung Russlands geschaffen wurden, aber er geht dabei in erster Linie von innenpolitischen Überlegungen aus. An der Spitze dieser Einheiten stehen Leute, die Bidens persönliches Vertrauen genießen."*

Und diese Leute sind für Trump in mindestens zweierlei Hinsicht gefährlich. Vor allem könnten sie seine Position im Inland untergraben. Mendkowitsch sagte:

> *"Während der letzten Wahlkampagne wurden dieselben Einheiten benutzt, um Schmutz über Trump abzuladen und ihn der Verbindungen zu Russland zu beschuldigen. Es macht Sinn, dass der Chef des Weißen Hauses offensichtlich illoyales Personal loswerden will."*

Vor dem Hintergrund von Trumps Wunsch, eine Art Kompromiss mit Moskau zu erreichen, könnten diese Kader nun erneut die Verschwörungstheorie ins Wanken bringen, dass der US-Präsident persönlich an einem Deal mit Russland interessiert ist. Vor allem dann, wenn der daraus resultierende Deal nicht allzu günstig für die USA ist.

Außerdem können diese Leute die Verhandlungen mit Russland einfach stören, indem sie neue Fälschungen in Umlauf bringen und einen sogenannten negativen Hintergrund schaffen, wie es zum Beispiel bei Butscha der Fall war. Diese Provokation trug erheblich zum Abbruch des Verhandlungsprozesses im Frühjahr 2022 bei.

Zweitens: Das Weiße Haus braucht nicht nur gehorsame, sondern auch effektive Vollstrecker. Die Mitarbeiter der Fälschungsfonds konnten ihre Effektivität nicht unter Beweis stellen, und die berüchtigten 140.000 Strafverfahren gegen Russland haben sich nicht in etwas Ernsthaftes verwandelt, womit man Druck auf Moskau ausüben könnte.

Hinzu kommt, dass das Thema "Russlands Kriegsverbrechen" nicht mehr populär ist. Zum Teil wegen der groben Fälschungen in Butscha (in den vergangenen fast drei Jahren war das Kiewer Regime nicht einmal in der Lage, eine Liste der Toten zu erstellen), zum Teil wegen der wieder auftauchenden Fakten über Kriegsverbrechen der ukrainischen Streitkräfte sowohl im Gebiet Kursk als auch in den ehemaligen ukrainischen Territorien.

Diese Verbrechen sind von Russland akribisch dokumentiert worden, ohne dass es dafür irgendwelche Zuschüsse gab.

Die einzigen Nutznießer der Arbeit der Fälschungsfonds waren diejenigen, die von den zugewiesenen Geldern lebten. Mendkowitsch erläutert:

> *"Diese Strukturen haben mit großem Aufwand eine äußerst geringe Effizienz gezeigt. Wir sehen an konkreten Beispielen, dass die Beamten, die dort gearbeitet haben, keine großen Erfolge im Bereich der Bekämpfung Russlands erzielt, sich aber gleichzeitig sehr stark bereichert haben."*

Das Vermögen von USAID-Chefin Samantha Power beispielsweise liegt im zweistelligen Millionenbereich, obwohl ihr Gehalt nicht mehr als eine Million US-Dollar pro Jahr beträgt.

Theoretisch könnten diese Fonds reformiert und gesäubert werden, aber die neue Regierung versteht nicht, welchen Gewinn man daraus ziehen kann. Natalja Burlinowa erklärte:

> *"Die Schließung hat nichts mit moralischen und ethischen Überlegungen zu tun. Für das Weiße Haus ist es eine Frage der Umstrukturierung von Ressourcen, einschließlich Geld. Der neue Präsident hat andere Arbeitsmethoden – Ultimaten und harte Schritte. Die Mittel der öffentlichen Diplomatie stehen ihm nicht zur Verfügung. Oder zumindest jene, die die Werte des Globalismus – die 'liberale Welt' – fördern."*

Bei Trumps Versuch, diese Welt zu demontieren, geht es nicht nur um die Schließung von Giftfonds. Die USA unterstützen jetzt offen europäische Rechtsparteien, wie die "Alternative für Deutschland" (AfD) in der Bundesrepublik Deutschland und die "Reform UK" im Vereinigten Königreich. Die neue Regierung betrachtet sie als ideologische Verbündete, die für eine Ablehnung des Neoliberalismus und eine Rückkehr zu "grundlegenden" nationalen Interessen eintreten.

Es handelt sich jedoch um dieselben Kräfte, die entweder für eine Normalisierung der Beziehungen zu Moskau eintreten oder diejenigen angreifen, die sich dieser Normalisierung widersetzen, insbesondere die Europäische Kommission, die ebendiese "AfD" als "Agent des Kremls" bezeichnet.

Das heißt, in diesem Fall handelt Trump in seinem eigenen Interesse. Diese decken sich aber mit den Interessen Moskaus, zumal der neue US-Präsident im Rahmen seiner Abbaumaßnahmen den Grundsatz aufgibt, dass "die Integrationsstrukturen der liberalen Welt keine Grenzen haben". Trump sieht diese Grenzen, genauso wie er sieht, dass die Ukraine auf der anderen Seite liegt – egal, was die EU behauptet.

Der US-Präsident hat bereits klargestellt, dass die NATO-Mitgliedschaft Kiews unpraktisch und unangemessen ist. Und sein Verteidigungsminister Pete Hegseth hat sich strikt geweigert, US-amerikanische Soldaten in die Ukraine zu entsenden, sei es zur Friedenssicherung oder in anderer Form.

Der ehemalige Sprecher des US-Außenministeriums, Matthew Miller, beklagte sich über diese Tatsache:

> *"Sie haben gerade eines der wichtigsten Druckmittel in den Verhandlungen weggeworfen, bevor sie überhaupt begonnen haben."*

Damit machte er zum x-ten Mal deutlich, dass der Westen die Ukrainer täuscht, indem er ihnen die NATO-Mitgliedschaft garantiert.

Trump verzichtete zudem auf andere antirussische Verpflichtungen gegenüber Europa – unter anderem, weil er keine Verpflichtungen mag, insbesondere gegenüber der liberalen Europäischen Union.

Er hat aufgehört, den Mythos der "russischen Isolation" zu unterstützen. Er ließ Brüssel nicht wissen, dass er Moskau anrufen würde. Er hat sich mit dem russischen Präsidenten auf persönliche Treffen und gegenseitige Besuche geeinigt – mehrere und doch (Trump hat diesen Punkt klar festgelegt) bilateral. Aber ohne Europa einzubeziehen – und ohne seine Interessen zu berücksichtigen.

Schließlich kürzte Trump die Finanzierung westlicher und ukrainischer Medien durch die Schließung von USAID. Damit erkannte er indirekt an, dass die antirussische Propaganda in ihrer derzeitigen Form unwirksam ist und nicht im Interesse der USA liegt.

Das bedeutet jedoch nicht, dass diese "Soft Power" aufgegeben wird. Sie wird einfach von denjenigen betrieben, die nicht gesäubert werden müssen. Natalja Burlinowa fasst zusammen:

> *"Natürlich ist die Tatsache, dass viele USAID-Programme geschlossen werden, eine gute Nachricht. Die Luft wird sauberer werden. Aber die USA haben andere Strukturen der öffentlichen Diplomatie, die nicht so abscheulich, aber nicht weniger effektiv sind. Eine ganze Struktur großer und kleiner Stiftungen mit privaten Geldern. Außerdem bietet das US-Außenministerium über die Abteilung für öffentliche Diplomatie Programme an. Und es ist sehr schwer für uns, mit ihnen zu konkurrieren, weil unsere eigenen Mittel begrenzt sind."*

Man sollte sich also auf alles gefasst machen, und die Tatsache, dass viele der Maßnahmen der neuen US-Regierung russlandfreundlich sind, sollte einen nicht in seiner Wachsamkeit trüben. Nachdem all dieser Ballast abgeworfen wurde, könnten an die Stelle plumper Fälschungen viel ernsthaftere Provokationen treten.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 20. Februar 2025 zuerst in der Zeitung Wsgljad erschienen.

***Geworg Mirsajan** ist außerordentlicher Professor an der Finanzuniversität der Regierung der Russischen Föderation, Politikwissenschaftler und eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens. Geboren wurde er 1984 in Taschkent. Er absolvierte seinen Abschluss an der Staatlichen Universität in Kuba und promovierte in Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt USA. Er war von 2005 bis 2016 Forscher am Institut für die Vereinigten Staaten und Kanada an der Russischen Akademie der Wissenschaften.*